



Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Pressemitteilung Nr. 28 / 2010

Städtetag: Schulkonsens möglich

Einen umfassenden Schulkonsens für möglich hält der Niedersächsische Städtetag (NST); das neue Schulkonzept der Niedersächsischen Landesregierung biete dafür Chancen. Das Prinzip der sogenannten „Oberschule“ komme den kommunalen Notwendigkeiten entgegen: „Die Oberschule ist als Option gedacht. Schulträger können diese neue Schulform einrichten, es besteht aber keine Pflicht. Tragfähige Hauptschulen und Realschulen können weiter bestehen bleiben. Damit bietet das Modell den kommunalen Schulträgern grundsätzlich die organisationsrechtlichen Möglichkeiten und das Instrumentarium, auf demographische Entwicklungen und lokale Besonderheiten flexibel zu reagieren. „Die Gesamtrichtung stimmt“, so NST-Präsident Frank Klingebiel. Voraussetzung sei allerdings die Möglichkeit, Schüler verschiedener Schullaufbahnen stärker als bisher gemeinsam zu unterrichten. Das sei aber noch nicht hinreichend deutlich geworden.

Dringend bewegen muss sich die Landesregierung dagegen nach Auffassung des NST im Bereich der Integrierten Gesamtschulen. Deren Einrichtung müsse den Schulträgern, die es wollten, ermöglicht werden: Hier fordert der kommunale Spitzenverband, es müsse genügen, wenn eine IGS vier Parallelklassen aufweise, in Ausnahmefällen auch drei; hilfreich sei, dass Kultusminister Dr. Althusmann angedeutet habe, sich künftig mit einer für die Dauer von 10 statt 14 Jahren prognostizierten Schülerzahl für die Einrichtung einer IGS zu begnügen; damit werde einer Forderung des Städtetages entsprochen. Außerdem müsse es darum gehen, alle Schulformen künftig gleichermaßen mit Sozialpädagogen auszustatten.

Für Schüler weiterhin bestehender Haupt- und Realschulen sei es auch in den Schuljahrgängen neun und zehn sinnvoll, die Möglichkeit zur integrativen Beschulung zu schaffen.

Besondere Bedeutung wird nach Auffassung des NST künftig der Ganztagsunterricht haben; daher sollten die Schulträger bestehende Grundschulen zu gebundenen Ganztagschulen mit echtem Ganztagsbetrieb weiterentwickeln dürfen.

Einig mit der Landesregierung sieht sich Klingebiel auch in der Forderung nach einem Ende der andauernden Schulstrukturdebatte in Niedersachsen. „Schulen, Kinder, Eltern und Lehrer brauchen auch mittel- und langfristige Planungssicherheit in der Gestaltung des schulischen Umfelds. Die neuen Strukturen müssen deshalb auf Dauer angelegt sein“, fordert Klingebiel. Dies setzt einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens voraus, den Klingebiel wie auch der NST-Vizepräsident, Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge, erstmalig in greifbarer Nähe, sieht, falls das Land auf die Vorschläge der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden eingehe. Besonders dankbar ist Klingebiel für die Offenheit, Sachlichkeit und den vertrauensvollen Umgang in der AG Schulstruktur: „Viele Vorschläge, die die kommunale Seite dort eingebracht hat, sind in dem Modell des Kultusministers enthalten.“

4. November 2010

Ansprechpartner: Heiger Scholz, Tel: 0511 / 368 94-22, Mobil: 0172/53975-22

Diese Meldung finden Sie auch zum Download auf www.nst.de